24. Sitzung

des Gemeinderates der Stadtgemeinde Stockerau am 30. Jänner 2014

Anwesend:

Bürgermeister:	Laab Helmut	SPÖ
Vizebürgermeister:	Hermanek Susanne Niederhammer Christa	SPÖ ÖVP
Stadträte-SPÖ:	Holzer Othmar, Ing. Klimesch Klaus, Mag. Krislaty Gerd, Ryba Günter	
Stadträte-ÖVP:	KommR Hopfeld Peter, OSR Kronberger Karl, Dr. Moser Christian (ab 20:10 Uhr)	
Stadtrat FPÖ:	Moll Gerald	
Stadtrat-GRÜNE:	Ing. Mag. Straka Andreas	
Gemeinderäte-SPÖ:	Ambrosch Walter, Blihall Silvia, Buchta Brigitte, de Witt Hannes, Frithum Gabriele, Gatterwe Helmut, Hinterhauser Johannes, Minibeck Manfred, Riedler Corinna, Schöffauer Michaela	
Gemeinderäte-ÖVP:	Mag. Falb Martin, Hetzendorfer Gregor, Ing. Huemer Friedrich, Ihm Ernst, König Franz, Kopf Eleonore, Mag. (FH) Völkl Andrea, Mag. (FH) Winter Manfred	
Gemeinderäte-FPÖ:	Glasl Markus, Krammer Daniel, Mayer Wolfgang	
Gemeinderäte-GRÜNE:	DI Pfeiler Dietmar, Schneider Alexandra	

Entschuldigt:

StR Eisler Elfriede (SPÖ), GR Wondrak Gerda (SPÖ),
StR Moser (ÖVP) bis 20:10 Uhr

Namensnennungen im Folgenden ohne Titel.

Ort: Rathaus Stockerau - großer Sitzungssaal

Beginn: 20:00 Uhr

Ende: 21:05 Uhr

Tagesordnung:

I. Eröffnung der Sitzung – Feststellung der Beschlussfähigkeit

II. Anträge des Bürgermeisters

- 1.) Dienstpostenplan 2014
- 2.) Verkehrskonzept - Beauftragung
- 3.) Verordnung über ein Sektorales Raumordnungsprogramm über die Nutzung der Windkraft in NÖ – Stellungnahme
- 4.) Abflusertüchtigung Senningbach – Sondernutzungsvertrag
- 5.) Senioren-Tageszentrum, Probebetrieb

Gemäß § 47 Abs. 3 NÖ.GO. in nicht öffentlicher Sitzung behandelt:

I. Anträge des Bürgermeisters

- 1.) Personalangelegenheit

I. Eröffnung der Sitzung – Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Laab eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Mitglieder des Gemeinderates wurden ordnungsgemäß eingeladen, die Tagesordnung ist rechtzeitig kundgemacht worden und es erfolgten keine Einwendungen.

Vor Eingehen in die Tagesordnung gemäß § 46 (3) der NÖ Gemeindeordnung wird vom Bürgermeister der Antrag um **Aufnahme** der nachstehenden Tagesordnungspunkte gestellt:

in öffentlicher Sitzung

neu

I. a. Genehmigung des Protokolls vom 11.12.2013

und unter

II. Anträge des Bürgermeisters

neu 6.) Löschungserklärung – Lusztig Peter

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0

Stimmhaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	11
	FPÖ	4
	GRÜNE	3

Weiters wird von der **Fraktion der GRÜNEN** ein **Dringlichkeitsantrag** gestellt:

Stadtrat Straka: Die GRÜNEN STOCKERAU beantragen gemäß § 46 Abs. 3 GO die Aufnahme des folgenden Tagesordnungspunktes in die Sitzung vom 30.01.2014

**Information des Gemeinderates
über das Treffen mit der Gemeindeaufsicht am 14. Jänner 2014**

Die im Jahr 2009 durchgeführte Gebarungseinschau war dem Gemeinderat zur Kenntnis zu bringen. Grundaussage war die Forderung nach einer umgehenden Sanierung des ordentlichen Haushaltes.

Der Brief der Gemeindeaufsicht vom 13. Februar 2013 stellte dieselben Forderungen und war dem Gemeinderat zur Kenntnis zu bringen.

Am 14. Jänner 2014 fand ein neuerliches Treffen von Bürgermeister, Vizebürgermeisterin und Stadtdirektorin mit der Gemeindeaufsicht statt. Wir fordern den Bürgermeister auf, die Ergebnisse dieser Besprechung dem Gemeinderat zur Kenntnis zu bringen, da einzelne Maßnahmen bereits vor der nächsten Gemeinderatssitzung zu setzen sind.

Dieser Bericht ist notwendig, um den gesamten Gemeinderat von der Dramatik der Lage zu unterrichten.

Unterzeichnet von Stadtrat Andreas Straka, Gemeinderätin Alexandra Schneider und Gemeinderat Dietmar Pfeiler.

Beschluss: **mit Stimmenmehrheit abgelehnt**
Die Dringlichkeit ist nicht gegeben.

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	15
	ÖVP	11
	FPÖ	0
	GRÜNE	0

Stimmhaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	1 (de Witt)
	ÖVP	0
	FPÖ	4
	GRÜNE	3

I. a. Genehmigung des Protokolls vom 11.12.2013

Es wird der Antrag gestellt, das Protokoll vom 11.12.2013 unverlesen zu genehmigen. Es entspricht dem Sitzungsverlauf und es gab keine Einwendungen.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Stimmhaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	11
	FPÖ	4
	GRÜNE	3

Stadtrat Moser nimmt an der Sitzung teil (20:10 Uhr).

II. Anträge des Bürgermeisters

1.) Dienstpostenplan 2014

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Gemäß § 73 NÖ Gemeindeordnung 1973, NÖ GO 1973, in Verbindung mit § 2 NÖ Gemeindebeamtendienstordnung 1976, GBDO, hat der Gemeinderat jährlich die Zahl der Dienstposten, die zur Besorgung der Geschäfte der Gemeinde notwendig sind, festzusetzen.

Auch § 5 der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung sieht als Grundlage für die Veranschlagung der Ausgaben für die Dienstbezüge den Dienstpostenplan vor.

Der Dienstposten für den leitenden Gemeindebediensteten, die Dienstposten für die Leiter von Abteilungen und wirtschaftlichen Unternehmungen und jene Dienstposten, die mit einem Leiterdienstposten vergleichbar sein sollen, sowie die Dienstposten mit hervorgehobener Verwendung sind im Dienstpostenplan gesondert zu bezeichnen.

Zusätzlich zum Dienstpostenplan für das Jahr 2014 sollen bis zu 60 nichtständige Bedienstete und bis zu 15 Lehrlinge aufgenommen werden können.

Bemerkt wird, dass 27 Personen Ruhe- bzw. Versorgungsgenüsse erhalten.

Die durch dienstliche Erfordernisse notwendigen Änderungen gegenüber dem Dienstpostenplan 2013 sind berücksichtigt. Es möge deshalb der Dienstpostenplan für das Jahr 2014 in der beiliegenden Darstellung genehmigt werden.

Gemäß § 25 Abs. 2 NÖ Gemeinde-Personalvertretungsgesetz wurde mit der Personalvertretung bezüglich des Dienstpostenplanes 2014 das Einvernehmen angestrebt.

Darstellung:

318 DP lt. DPPL 2013

+1 Stützkraft (Volksschule)

+1 Stützkraft (Neue Mittelschule)

+1 KinderbetreuerIn (Kiga St. Koloman)

+1 Dipl.Krk.PflegerIn +1 HeimhelferIn (Pflegeheim bzw. Tageszentrum)

+1 SeniorenbetreuerIn +1 Verwaltungskraft (Pflegeheim bzw. Tageszentrum)

- 1 Hausbesorgerin

+1 Kanzleikraft (Finanzverwaltung)

325 DP lt. DPPL 2014

B E I B L A T T zum Dienstpostenplan für das Jahr 2014

2110 In den Volksschulen wird ein zusätzlicher Dienstposten des Dienstzweiges Nr. 15, Entlohnungs-gruppe 1, (Stützkraft) installiert.

2120 Für die Neuen Mittelschulen wird ein Dienstposten des Dienstzweiges Nr. 15, Entlohnungs-gruppe 1, (Stützkraft) neu installiert.

2630 Der Dienstposten des Verwalters im Sportzentrum wird vom Dienstzweig Nr. 56, Verwendungsgruppe VI, Funktionsgruppe VIII in einen des Dienstzweiges Nr. 71, Vwgr. V, Funktionsgruppe VII umgewandelt.

- 2404 Im Kindergarten St. Koloman wird ein zusätzlicher Dienstposten des Dienstzweiges Nr. 12, Entlohnungsgruppe 3, (KinderbetreuerIn) eingerichtet.
- 3600 Der Dienstposten für das Museum wird vom Dienstzweig Nr. 71, Entlohnungsgruppe 5 (Verwaltungsfachdienst) in einen des Dienstzweiges Nr. 61, Entlohnungsgruppe 5 (Fachdienst an Archiven, Bibliotheken, Museen und Sammlungen) umgewandelt.
- 3610 Der Dienstposten für das Archiv wird vom Dienstzweig Nr. 71, Entlohnungsgruppe 5 (Verwaltungsfachdienst) in einen des Dienstzweiges Nr. 61, Entlohnungsgruppe 5 (Fachdienst an Archiven, Bibliotheken, Museen und Sammlungen) umgewandelt.
- 4210 Für das Pflegeheim und das neue Tagesbetreuungszenrum werden folgende Dienstposten neu bzw. zusätzlich eingerichtet: 1 Dienstposten des Dienstzweiges Nr. 65, Entlohnungsgruppe s1 (Dipl.Krk.Pfl.), 1 Dienstposten des Dienstzweiges Nr. 85, Entlohnungsgruppe 4 (Verwaltungskraft), 1 Dienstposten des Dienstzweiges Nr. 87, Entlohnungsgruppe 2 (SeniorenbetreuerIn), 1 Dienstposten des Dienstzweiges Nr. 87, Entlohnungsgruppe 2 (HeimhelferIn)
- 8200 Der Dienstposten des Dienstzweiges Nr. 58 (Elektriker-Meisters) wird von der Verwendungs-gruppe V, Funktionsgruppe VII in einen der Entlohnungsgruppe 5, Funktionsgruppe 7 umgewandelt.
- 8500 Im Wasserwerk wird ein Dienstposten des Dienstzweiges Nr. 11 (angelernter Arbeiter) aufgelassen und gleichzeitig ein zusätzlicher Dienstposten des Dienstzweiges Nr. 2 (Facharbeiter) installiert.
- 8530 Ein Hausbesorger-Dienstposten wird gestrichen.
- 9000 Für die Finanzverwaltung wird ein Dienstposten des Dienstzweiges Nr. 85, Entlohnungsgruppe 4, (Kanzleikraft) eingerichtet.

An-satz	Bezeichnung des Voranschlagsansatzes		Fdp	SOLL					
	Dzw. Nr.	Bezeichnung des Dienstpostens		Beamte			Vertragsbedienstete		
				Fgr	Vgr	Stand	Fgr	Egr	Stand
	<u>Gruppe 0 - Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung</u>								
01	<u>Hauptverwaltung</u>								
0100	<u>Zentralamt</u>								
	44	Stadtamtsdirektor	mPz	XI	VII	1			
	71	Kanzleikraft					5		2
	85	Kanzleikraft					4		1
	87	Amtsgehilfe					2		1
0110	<u>Personalamt</u>								
	56	Fachbeamter (Ltr.)	mPz	X	VI	1			
	71	Kanzleikraft (Ltr.Stvtr.)	mPz				7	5	1
	71	Kanzleikraft					5		1
0140	<u>Gemeindekontrollereinrichtung</u>								
	56	Fachbediensteter	oPz				8	6	1

0160	<u>Elektronische Datenverarbeitung</u>							
	46 Techniker	oPz				8	6	1
	58 Fachbediensteter						5	1
02	<u>Hauptverwaltung</u>							
0220	<u>Standesamt</u>							
	70 Kanzleikraft (Ltr.)	mPz				7	5	1
0230	<u>Einwohneramt</u>							
	71 Kanzleikraft (Ltr.) *)	mPz				7	5	
	*) siehe 0220							
	71 Kanzleikraft						5	1
0250	<u>Staatsbürgerschaft</u>							
	71 Kanzleikraft						5	1
0290	<u>Amtsgebäude</u>							
	17 Bedienerin						1	2
03	<u>Bauverwaltung</u>							
0300	<u>Bauamt</u>							
	46 Baudirektor	mPz	X	VI	1			
	46 Bautechniker (Ltr.Stvtr.)	mPz				8	6	1
	71 Kanzleikraft	oPz				6	5	1
	71 Kanzleikraft						5	3
09	<u>Personalbetreuung</u>							
0990	<u>Personalvertretung</u>							
	71 Personalvertreter	oPz				7	5	1
<u>Gruppe 1 - Öffentliche Ordnung und Sicherheit</u>								
16	<u>Feuerwehren</u>							
1630	<u>Freiwillige Feuerwehr</u>							
	59 Feuerwehrkraft						5	5
<u>Gruppe 2 - Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft</u>								
21	<u>Allgemeinbildender Unterricht</u>							
2110	<u>Volksschulen</u>							
	7 Schulwart						4	1
	15 Stützkraft						2	3

2120	<u>Neue Mittelschulen</u>							
	2 Schulwart	oPz				6	5	1
	11 Hallenwart						3	2
	15 Stützkraft						2	1
	17 Bedienerin						1	5
2130	<u>Sonderschulen</u>							
	15 Stützkraft						2	2
	17 Hilfskraft						1	1
24	<u>Vorschulische Erziehung</u>							
2401	<u>Europakindergarten</u>							
	12 KinderbetreuerIn						3	7
2402	<u>Bräuhauskindergarten</u>							
	12 KinderbetreuerIn						3	7
2403	<u>Kindergarten - Schafarikstraße</u>							
	12 KinderbetreuerIn						3	3
2404	<u>Kindergarten St. Koloman</u>							
	12 KinderbetreuerIn						3	8
2405	<u>Kloster - Kindergarten</u>							
	12 KinderbetreuerIn						3	3
26	<u>Sport u. außersch. Leibeserziehung</u>							
2620	<u>Sportplätze</u>							
	11 Platzwart						3	2
	17 Hilfskraft						1	1
2630	<u>Sporthalle</u>							
	71 Verwalter	mPz	VII	V		1		
2640	<u>Kunsteislaufplatz</u>							
	9 Eismeister						4	4
	86 Kassier						4	1
	17 Bedienerin						1	1
27	<u>Erwachsenenbildung</u>							
2730	<u>Volksbüchereien</u>							
	61 Bibliothekarin						5	1
	<u>Gruppe 3 - Kunst, Kultur und Kultus</u>							
30	<u>Gesonderte Verwaltung</u>							

3000	<u>Kulturamt</u>						
	71 Kanzleikraft					5	1
	85 Kanzleikraft					4	2
32	<u>Musik und darstellende Kunst</u>						
3200	<u>Ausbildung in Musik und darstellender Kunst</u>						
	108 Lehrer (Ltr.)	oPz				ms1	1
	99 Lehrer					l2a2	1
	99a Lehrer					l2a1	2
	99b Lehrer					l2b1	2
	108 Lehrer					ms1-4	11
	85 Kanzleikraft					4	1
3250	<u>Festspiele</u>						
	Intendant					SV	1
	Assistent					SV	1
3600	<u>Museum</u>						
	61 Fachkraft					5	1
3610	<u>Archiv</u>						
	61 Fachkraft					5	1
3621	<u>Kulturzentrum</u>						
	17 Bedienerin					1	1
<u>Gruppe 4 - Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung</u>							
42	<u>Freie Wohlfahrt</u>						
4210	<u>Pflegeheim</u>						
	- Heimleitung					SV	1
	53a Pflegedienstleitung	mPz			9	6	1
	Heimarzt					SV	1
	65 Krankenpflegefachdienst					s1	17
	81 PflegehelferIn					s2	20
	87 HeimhelferIn					2	1
	87 Seniorenbetreuer					2	2
	71 Verwaltungskraft					5	1
	85 Verwaltungskraft					4	1
	2 Professionist					5	1
<u>Gruppe 5 - Gesundheit</u>							
50	<u>Gesonderte Verwaltung</u>						
5010	<u>Umweltschutzamt</u>						
	71 Fachbediensteter (Ltr.)	mPz			7	5	1
	71 Kanzleikraft					5	1

51	<u>Gesundheitsdienst</u>							
5160	<u>Schulgesundheitsdienst</u> Schularzt						SV	1
52	<u>Umweltschutz</u>							
5200	<u>Natur- und Landschaftsschutz</u> 2 Facharbeiter						5	1
<u>Gruppe 6 - Straßen- und Wasserbau, Verkehr</u>								
61	<u>Straßenbau</u>							
6120	<u>Gemeindestraßen</u> 46 Bautechniker 17 Hilfsarbeiter						6 1	1 1
64	<u>Straßenverkehr</u>							
6400	<u>Einrichtungen und Maßnahmen nach der Straßenverkehrsordnung</u> 15 Hilfsarbeiter						2	1
<u>Gruppe 7 - Wirtschaftsförderung</u>								
77	<u>Förderung des Fremdenverkehrs</u>							
7700	<u>Einrichtungen zur Förderung des Fremdenverkehrs</u> 71 Kanzleikraft 85 Kanzleikraft 2 Facharbeiter						5 4 5	1 1 1
<u>Gruppe 8 - Dienstleistungen</u>								
80	<u>Gesonderte Verwaltung</u>							
8010	<u>Liegenschaftsverwaltung</u> 56 Verwaltungsfachkraft (Ltr.) 71 Kanzleikraft	mPz	VIII	VI V	1 1			
81	<u>Öffentliche Einrichtungen</u>							
8120	<u>WC - Anlagen</u> 17 Bedienerin						1	1
8140	<u>Straßenreinigung</u> 10 Kraftfahrer 14 Kraftfahrer 11 Straßenarbeiter						4 3 3	2 1 1

	17	Straßenarbeiter				1		2
8150		<u>Park- und Gartenanlagen</u>						
	2	Gärtner				5		6
	11	Angelernter Arbeiter				3		6
	15	Hilfsarbeiter				2		3
	17	Hilfsarbeiter				1		3
8160		<u>Öffentliche Beleuchtung</u>						
	2	Facharbeiter				5		2
82		<u>Betriebsähnliche Einrichtungen und Betriebe</u>						
8200		<u>Bauhof</u>						
	56	Bauhofleiter	mPz			9	6	1
	71	Bauhofleiter-Stellvertreter	mPz			7	5	1
	58	Techn. Beamter (Meister)	mPz			7	5	1
	71	Fuhrparkleiter	oPz			6	5	1
	71	Kanzleikraft					5	1
	85	Kanzleikraft					4	1
	2	Vorarbeiter					5	3
	2	Facharbeiter					5	7
	11	Angelernter Arbeiter					3	2
	15	Hilfsarbeiter					2	3
	17	Bedienerin					1	1
8280		<u>Sonstige Märkte</u>						
		Marktmeister					SV	1
83		<u>Betriebsähnliche Einrichtungen und Betriebe</u>						
8310		<u>Erholungszentrum</u>						
	71	Verwalter	mPz			7	5	1
	71	Kanzleikraft	oPz			6	5	1
	9	Bademeister					4	3
	86	Kassier					4	2
	11	Saunameisterin					3	1
	11	Angelernter Arbeiter					3	1
	15	Bedienerin					2	3
	17	Hilfskraft					1	4
8390		<u>Parkdeck</u>						
	71	Kanzleikraft					5	1
	17	Bedienerin					1	1
85		<u>Marktbestimmte Gemeindebetriebe</u>						

8500	<u>Wasserversorgung</u>	*) siehe 8510				
	46 Techniker - Betriebsleiter *)	mPz	9	6		
	2 Facharbeiter (Ltr.Stvtr.)	mPz	7	5		1
	71 Kanzleikraft			5		2
	2 Facharbeiter			5		4
	11 Angelernter Arbeiter			3		1
	15 Hilfsarbeiter			2		1
	17 Bedienerin			1		1
8510	<u>Abwasserbeseitigung</u>					
	46 Techniker (Ltr.)	mPz	9	6		1
	85 Kanzleikraft			4		2
	10 Kraftfahrer			4		1
	2 Facharbeiter			5		2
	6 Klärfacharbeiter			5		3
	11 Angelernter Arbeiter			3		1
	17 Hilfskraft			1		1
8521	<u>Müllbeseitigung</u>					
	71 Kanzleikraft			5		2
	2 Partieführer	oPz	6	5		1
	2 Facharbeiter			5		1
	10 Kraftfahrer			4		8
	14 Kraftfahrer			3		1
	15 Hilfsarbeiter			2		6
	17 Hilfsarbeiter			1		16
	17 Bedienerin			1		1
8522	<u>Mülldeponie</u>					
	2 Facharbeiter			5		1
8530	<u>Wohn- und Geschäftsgebäude</u>					
	Hausbesorger			SV		6
8590	<u>Friedhof</u>					
	86 Friedhofsverwalter	mPz	6	4		1
	17 Hilfsarbeiter			1		4
86	<u>Land- u. forstwirtschaftliche Betriebe</u>					
8600	<u>Stadtgärtnerei</u>					
	2 Gärtnermeister	mPz	7	5		1
8660	<u>Forstgut</u>					
	2 Forstfacharbeiter			5		1
	11 Angelernter Arbeiter			3		1
88	<u>Wirtschaftliche Unternehmungen</u>					

8880	<u>Bestattungsunternehmen</u>							
	71 Geschäftsführer	mPz				7	5	1
	8 Besorger						4	2
	15 Helfer						2	2
89	<u>Wirtschaftliche Unternehmungen</u>							
8940	<u>Bräuhaus - Stadtsaal</u>							
	2 Facharbeiter						5	1
	11 angelernter Arbeiter						3	1
	17 Bedienerin						1	1
	<u>Gruppe 9 - Finanzwirtschaft</u>							
90	<u>Gesonderte Verwaltung</u>							
9000	<u>Finanzverwaltung</u>							
	54 Buchhaltungsdirektor	mPz	X	VI	1			
	Rechnungsangestellter							
	54 (Ltr.Stvtr.)	mPz				8	6	1
	71 Hauptkassier						5	1
	54 Rechnungsangestellter	oPz				7	6	1
	54 Rechnungsangestellter						6	1
	69 Rechnungsangestellter						5	4
	85 Kanzleikraft						4	1
	SUMME:					7		318

27 Personen erhalten Ruhe- bzw. Versorgungsgenüsse von der Stadtgemeinde Stockerau

Abkürzungsverzeichnis:

Dzw.Nr. = Dienstzweignummer

Fdp = Funktionsdienstposten

mPz/oPz = mit/ohne Personalzulage

Fgr. = Funktionsgruppe

Vgr. = Verwendungsgruppe

Egr. = Entlohnungsgruppe

Gemäß § 73 NÖ Gemeindeordnung 1973, NÖ GO 1973, in Verbindung mit § 2 NÖ Gemeindebeamtendienstordnung 1976, GBDO, und unter Bedachtnahme auf die Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung wird der Dienstpostenplan für das Jahr 2014 genehmigt.

Stadtrat Moll: Wenn Sie sich an die Sitzung erinnern, habe ich bei dem Tagesordnungspunkt „Dienstpostenplan 2014“ zuerst eine sehr positive Darstellung der Personalpostenentwicklung dargelegt und wo ich auch die Wortmeldung des Herrn Dr. Moser revidiert habe. Aber nicht nur der vermeintliche Fehler, den Herr Dr. Moser aufgezeigt hat, hat mich dazu bewogen, meine positive Stellungnahme zu revidieren, sondern vor allem auch die Tatsache, dass in Vorgesprächen immer wieder die Rede davon war, dass in den letzten Jahren 15 Dienstposten eingespart worden wären. Jedenfalls diese Aufstellung, die ich dann verlangt habe, habe ich trotz einer Erinnerung an Frau Dr. Riedler nie bekommen und das hat mich auch dazu bewogen, meine Meinung blitzartig zu ändern, was bei manchen hier im Saal wahrscheinlich zu Kopfschütteln geführt hat. Der 3. Punkt war aber auch, dass ich bei Nichtgenehmigung des Dienstpostenplanes darauf gehofft habe, dass im Finanzausschuss eine breitere Diskussion

über Personalangelegenheiten anzustoßen ist, wo unsere langjährige Forderung nach Errichtung von Stellenbeschreibungen mit Anforderungsprofil unter dergleichen diskutiert wird. Ich habe zwischenzeitlich natürlich im Voranschlag meine Rechnung nachvollzogen und sie als doch richtig empfunden. Und eine weitere Kennzahl, die auch interessant ist, hat mich in meiner damaligen, zuerst positiven Meinung verstärkt. Nämlich, wenn Sie vergleichen die Gesamteinnahmen des ordentlichen Haushaltes und das gegenüberstellen den Personalkosten, so hatten wir im Jahr 2013 einen Satz von über 30%, also 30% der Gesamteinnahmen im ordentlichen Haushalt machen die Personalkosten aus. 2014 haben wir 28%. D.h., eigentlich eine Verbesserung in die richtige Richtung, nämlich verhältnismäßige Reduktion der Personalkosten. Dass natürlich nach unten hin noch keine Grenze zu sehen ist und wir weiter daran arbeiten müssen, ist klar. Ich habe mich deshalb jetzt zu Wort gemeldet, um das richtig zu stellen und stimme daher dem Dienstpostenplan, so wie ich es damals eigentlich vorgehabt hatte, heute jedenfalls zu.

Vizebürgermeisterin Niederhammer: Wir haben dem Dienstpostenplan in der letzten Gemeinderatssitzung auch nicht zugestimmt und ein wesentlicher Kritikpunkt unsererseits waren die neuen Stellen für das Seniorentageszentrum. Es war für uns nicht in Ordnung, die Stellen aufzunehmen, solange die Seniorentagesbetreuung nicht beschlossen ist. Wir werden heute noch einen Beschluss in diese Richtung für einen Probebetrieb des Seniorentageszentrums haben. Wir haben auch im Finanzausschuss, wo über den Dienstpostenplan gesprochen wurde, festgelegt, dass die Diplomkrankenschwester, die Heimhelferin und die Seniorenbetreuerin für das Tageszentrum mit einem befristeten Vertrag eingestellt werden und somit ist ein Hauptkritikpunkt des Dienstpostenplanes für uns vom Tisch. Die Forderung nach Organigramm, nach Stellenbeschreibungen, nach Strukturierung ist ungebrochen aufrecht, wird und muss auch im Laufe des heurigen Jahres Thema sein. Das haben wir auch im letzten Finanzausschuss besprochen und ist für uns sowieso unabdingbar. Aber unabhängig davon ist jetzt die Sache mit den Posten für das Tageszentrum geklärt und deswegen werden wir auch dem Dienstpostenplan zustimmen.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	12
	FPÖ	4
	GRÜNE	3

2.) Verkehrskonzept - Beauftragung

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund der Erkenntnisse des Masterplans (TU Wien) und der im Rahmen der Stadt- und Dorferneuerung geründeten Arbeitsgruppen (Stadtentwicklung und Verkehr) soll ein aktuelles Verkehrskonzept erstellt werden.

Der Ausschreibungsumfang wurde mit den entsprechenden Gremien abgestimmt und an nachstehende Verkehrsplaner zur Angebotslegung übermittelt.

- Rosinak & Partner, Wien
- Verkehrsplanung Kleiner, Wels
- Snizek + Partner, Wien
- IGP ZT GmbH., Herzogenburg
- Zieritz & Partner GmbH., St. Pölten
- Axis Ingenieurleistungen, Wien

Die Abgabefrist für die Angebote wurde mit 17.1.2014, 11.00 Uhr festgelegt. Sämtliche Angebote wurden durch das Stadtbauamt mittels Preisspiegel verglichen und geprüft.

Die Büros Rosinak & Partner, Snizek + Partner und IGP Prem ZT GmbH. haben bei der Ausschreibung eine Bietergemeinschaft gegründet, wobei Dr. Rosinak federführend ist.

Gemäß Prüfung und Preisspiegel zeigte die Ausschreibung folgendes Ergebnis:

• Rosinak & Partner, Snizek + Partner,
IGP Prem ZT GmbH. (Bietergemeinschaft)	€ 96.300,00	netto
• Verkehrsplanung Kleiner, Wels	€ 124.166,66	netto
• Zieritz & Partner GmbH., St. Pölten	€ 122.502,50	netto
• Axis Ingenieurleistungen, Wien	€ 149.757,50	netto

Vom ZT Büro Axis wurde zusätzlich zum ausgepreisten Angebot ein Alternativvorschlag beigelegt.

Bei diesem Alternativangebot hat DI Friedreich einige Positionen aus dem Leistungsverzeichnis gestrichen. Vergleicht man die Angebote der anderen Verkehrsplanungsbüros mit der Alternative von DI Friedreich ergibt sich folgendes Ergebnis:

• Rosinak & Partner, Snizek + Partner,
IGP Prem ZT GmbH. (Bietergemeinschaft)	€ 68.900,00	netto
• Verkehrsplanung Kleiner, Wels	€ 93.169,58	netto
• Zieritz & Partner GmbH., St. Pölten	€ 84.950,00	netto
• Axis Ingenieurleistungen, Wien	€ 94.850,00	netto

Die Bietergemeinschaft Rosinak & Partner, Snizek + Partner und IGP Prem ZT GmbH. ging beim Ergebnis der Ausschreibung mit einer Ausschreibungssumme in der Höhe von netto € 96.300,-- als Bestbieter hervor.

Das Alternativangebot vom Büro ZT Axis entspricht im Umfang nicht der Ausarbeitung der Ausschreibung und muss daher ausgeschlossen werden.

Die Ausarbeitung des Verkehrskonzeptes 2014 ist auf die Dauer von ca. 1 Jahr vorgesehen, somit wird das Verkehrskonzept im März 2015 fertiggestellt sein.

Für die Erstellung des Verkehrskonzeptes 2014 wird die Bietergemeinschaft Rosinak & Partner, Snizek + Partner und IGP Prem ZT GmbH. mit einer Auftragssumme in der Höhe von netto € 96.300,-- beauftragt.

Die Bietergemeinschaft Rosinak & Partner, Snizek + Partner und IGP Prem ZT GmbH. ging als Bestbieter der Ausschreibung hervor.

Vizebürgermeisterin Niederhammer: Vielleicht einmal vorweg – wir stehen jetzt vor einer Situation, ein Konzept zu beauftragen, dass im Rahmen des Gemeinderates und auch des zuständigen Gemeinderatsausschusses nie besprochen wurde. Das ist einmal der 1. Punkt.

Auch noch einmal vorweg – wir haben ein Verkehrskonzept aus dem Jahr 2002, das immer noch gültig ist und das einiges an Potential immer noch beinhaltet. Wir haben ein Cityring-Projekt und ein Konzept. Unser Cityring-Konzept, welches seit Jahren als Diskussionsgrundlage auf dem Tisch liegt. Wir haben jetzt auch neu von der Verkehrsgruppe der Dorf- und Stadterneuerung einen Vorschlag für eine Verkehrslösung, mit der nach unserer Einschätzung auch sehr gut gearbeitet werden kann und wo wir viele gute Ansätze erkennen können.

Ich habe jetzt in der NÖN gelesen, die SPÖ will etwas bewegen und deswegen will sie ein Konzept machen. Ehrlich gesagt, weiß ich nicht recht, was ich mit dieser Aussage anfangen soll. Die Chance etwas zu bewegen, hat es seit Jahrzehnten gegeben. Aus unserer Sicht und auch aus einem großen Teil der Bevölkerung ist ein ganz zentrales Problem in Stockerau einfach die Situation der Fußgänger und der Radfahrer im Zentrum. Und der Wunsch, diese Situation zu verbessern, steht bei vielen Leuten ganz oben. Wir fordern seit Jahrzehnten, dass hier etwas passiert. Aber auf jeden Vorschlag in die Richtung und speziell von der SPÖ immer wieder „Nein danke“, sogar plakatiert. Wir erinnern uns an den letzten Wahlkampf. Oder wenn dieses Thema angesprochen wird, dann hören wir doch sehr oft, es ist eh alles in Ordnung. Also, was wollen wir. Meine Meinung ist, dass nicht der Wille etwas zu bewegen. Wozu brauchen wir dafür dann ein Konzept, wenn eh alles passt.

Ich möchte unsere Einstellung noch einmal ganz klar und deutlich sagen. Kein Konzept kann uns grundsätzliche Entscheidungen abnehmen. Bevor nicht wirklich mehrheitlich der politische Wille besteht, etwas zu verbessern, brauchen wir auch kein Konzept. Jetzt ein Konzept zu verlangen, das heißt, die Verantwortung, die man eigentlich schon lange wahrnehmen hätte sollen, weiter zu verschieben und dabei so zu tun, als ob man gewillt wäre, etwas zu bewegen. Ein billiger Trick, der in Wirklichkeit aber viel Geld kostet und nichts weiterbringt. Wir werden deshalb gegen diese Beauftragung stimmen.

Ein weiterer, gerade in Zeiten wie diese, wesentlicher Punkt sind natürlich auch die Kosten. Wir sind aufgefordert, unsere Ausgaben in der Stadt zu senken und nicht € 100.000,-- für ein Alibi-Aktionsprogramm auszugeben.

Gemeinderat Pfeiler: Von Seiten der Grünen Stockerau hätten wir uns zumindest vorgestellt, dass die Erarbeitung der Grundlagen, die zur Ausschreibung führen, im Verkehrsausschuss vorbesprochen werden, damit man gemeinsam schaut, thematische und inhaltliche Ausrichtung festlegt, wohin die Ausschreibung geht. Das ist leider nicht geschehen. Darüber hinaus haben wir, ich möchte mich der vorherigen Wortmeldung anschließen, ein Verkehrskonzept aus dem Jahr 2002 vorliegen. Da wurde zwar manches umgesetzt, aber Dinge sind offen geblieben. Es wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass das Radverkehrsnetz Lücken hat. Da ist vieles offen geblieben. Wir meinen, dass in Zeiten, wo wir jeden Euro zusammenkratzen müssen, eigentlich, wenn wir € 100.000,- ausgeben wollen, in mehr konkrete Umsetzungsmaßnahmen investieren sollten als neuerlich in ein Konzept, von dem wir befürchten, dass vieles auch liegen bleibt.

Stadtrat Moll: Bei allen Gesprächen insbesondere in der Dorf- und Stadterneuerung, egal ob das jetzt Kultur, Sport, Wirtschaft, was immer betrifft, ist nach wenigen Minuten das Hauptthema der Verkehr. D.h. es ist die Verkehrsproblematik in Stockerau etwas, was alle Bürger bewegt. Insofern ist eine Initiative, dass hier Änderungen vordringlich umgesetzt werden, durchaus zu begrüßen. Auf der anderen Seite bin auch ich der Meinung, dass das Verkehrskonzept 2002 wohl in einigen Teilen umgesetzt wurde, aber in den wirklich schweren Brocken sozusagen, nämlich wo es zu baulichen Veränderungen kommt, ist im Grunde genommen nur der Kreisverkehr Donaustraße/Wolfikstraße umgesetzt worden. Andere bauliche Maßnahmen, die auch realisiert wurden, hatten ihre Grundlage sicher nicht im Verkehrskonzept aus dem Jahr 2002, sondern es hat sich eben durch die Stadtentwicklung so ergeben. Ich denke z.B. an die Ampelanlage beim neuen Einkaufszentrum im Osten unserer Stadt und anderes mehr. Darüber hinaus glaube ich auch, wenn wir jetzt Verkehrsexperten beauftragen, die Situation 12 Jahre gegenüber 2002 zu beurteilen, dass wohl punktuell neue Schwerpunkte gesetzt werden. Punktuell deshalb, weil Siedlungsgebiete oder neue Wohngebiete erschlossen wurden. Da liegt es natürlich auf der Hand, dass man auch verkehrsmäßig dem entsprechen kann. Aber die Gefahr, dass ansonsten das gleiche oder ähnliches herauskommt wie 2002, ist schon sehr groß. Trotzdem meine ich, wir müssen hier dran bleiben, nur ich empfinde den Zeitdruck nicht so groß, dass wir heute das schon beschließen. Insbesondere deshalb nicht, weil am 13. Februar gibt es eine gemeinsame Ausschusssitzung Verkehr und Wirtschaft mit weiteren Fachleuten auch aus der Stadterneuerung, die das Konzept, das die Projektgruppe Verkehr in der Stadterneuerung entwickelt hat, vorstellt, und darüber hinaus gibt es Vorschläge der TU-Wien über die sogenannte Smart-City, die derartig große Änderungen einerseits aber auch Chancen für die Stadtentwicklung andererseits aufzeigen. Ich hätte gerne diese Veranstaltung abgewartet, bevor wir € 100.000,- in die Hand nehmen, um heute schon jemanden zu beauftragen. Darüber hinaus muss ich, auch wenn jetzt der Antrag der Grünen keine Zustimmung gefunden hat, greife ich eben auf das Schreiben vom 13. Februar 2013 zurück, wo klipp und klar drinnen steht, solange der ordentliche Haushalt nicht ausgeglichen werden kann, und das ist er 2014 auch nicht, sind außerordentliche Vorhaben grundsätzlich zurückzustellen. Wir haben jetzt die € 100.000,- für das Verkehrskonzept im außerordentlichen Haushalt vorgesehen, allerdings nur mit € 50.000,- und eine Annahme, dass wir € 50.000,- Förderung bekommen. Diese € 50.000,- Förderung sollten von der Stadtentwicklung kommen. Da denke ich, dass das viel zu optimistisch ist. In Wirklichkeit werden wir, wenn wir überhaupt eine Förderung bekommen, € 80.000,- aufbringen müssen. Noch einmal, das Land NÖ untersagt uns das eigentlich und daher werden auch wir diesem Antrag keine Zustimmung geben.

Stadtrat Holzer: Die Verwunderung dieser drei Fraktionen betreffend Ablehnung der Beauftragung – seit Jahren wird das immer gefordert, das alte Verkehrskonzept aus dem Jahr 2002 taugt nichts, es wurde nichts passiert, wir brauchen ein neues. Wie Sie gesagt haben, Herr Kollege Moll, in jeder Stadt- und Dorferneuerungsbesprechung ist der Verkehr nach einigen Minuten immer wieder Thema. Es wurde auch dort immer wieder angeregt, es gab Besprechungen in der Stadt- und Dorferneuerung, es gab Gespräche im Wirtschaftsausschuss, wo sehr wohl über die Beauftragung gesprochen wurde. Es war nicht im Verkehrsausschuss, aber aufgrund der Zusammensetzung der Arbeitskreise in der Stadt- und Dorferneuerung ist das eben im Wirtschaftsausschuss passiert. Es wurde immer gesagt, und auch die Stadt- und Dorferneuerung und Experten des Landes waren zweimal in Stockerau, einmal zu einer Besprechung und einmal in dem von mir genannten Ausschuss. Alles, was in der Stadt- und Dorferneuerung besprochen wurde, wurde als Grundlage für die Ausschreibung herangezogen. Jetzt sind wir soweit, dass wir ausschreiben können und jetzt kommt von den anderen drei Parteien die Ablehnung. Ich weiß nicht, Frau Vizebürgermeisterin Niederhammer sagt immer, die SPÖ soll nachgeben und soll eine Einbahn in der Hauptstraße machen, dann herrscht Einigkeit. Aber Einigkeit wäre auch umgekehrt. Belassen wir die Hauptstraße. Wir haben immer wieder betont, und ich als Vertreter der SPÖ in der Stadt- und Dorferneuerung habe immer gesagt, ein Verkehrskonzept soll ein Konzept der Experten sein und nicht der Politiker, dass wir hier nur die Richtung vorgeben und dem Verkehrsplaner dann sagen, dass Konzept muss so aussehen – Hauptstraße Einbahn, Cityring oder sonstiges. Experten sollen uns sagen, wie es in Stockerau mit dem Verkehr weitergeht. Es sind nicht alle Punkte aus 2002 umgesetzt, aber in 12 Jahren hat sich auch sehr viel verändert, und viele Punkte kann man gar nicht umsetzen und will man nicht umsetzen. Jetzt hätten wir die Möglichkeit, ein neues zu beauftragen. Wir müssen es zur Kenntnis nehmen, wir haben nicht die Mehrheit. Wenn Sie sagen „nein“, Sie wollen kein neues Verkehrskonzept, tut es mir sehr, sehr leid.

Vizebürgermeisterin Niederhammer: Wir möchten einige Dinge nicht unkommentiert stehen lassen. Ich gebe dem Stadtrat Holzer Recht, es muss etwas passieren. Aber mit einem Konzept passiert noch überhaupt nichts. Passieren tut erst dann was, wenn es eine Entscheidung gibt und nicht mit einem Konzept. Ich möchte auch einen Irrtum aufklären. Die Meinung ist nie, die SPÖ soll nachgeben. Wir halten nur nichts davon, wenn ein Vorschlag sofort abgeschmettert wird ohne dass man darüber wirklich redet. Ich halte auch nichts davon, wenn man einer Aktion immer sofort eine Gegenaktion entgegengesetzt. Da kommt man nicht weiter. Vom Nachgeben ist nicht die Rede, aber es ist noch nie zu einer richtigen Diskussion gekommen, und das seit Jahrzehnten nicht. Noch eines möchte ich aus unserer Sicht ganz klar widerlegen. Wir sind nicht der Meinung, dass die Experten sagen müssen, wie es in Stockerau sein soll. Ich glaube schon, dass zuerst wir wissen müssen, wie es in Stockerau sein soll. Wir müssen wissen, wollen wir Gleichberechtigung für Fußgänger, für Radfahrer und für Autos im Zentrum. Wir müssen wissen, wollen wir eine generelle Geschwindigkeitsbeschränkung in der Stadt. Wir müssen wissen, wie es ausschauen soll. Und wenn wir das wissen, dann können wir mit Experten reden, wie wir es umsetzen können. Aber ich glaube nicht, dass wir uns von Experten vorschreiben lassen können und vorschreiben lassen sollen, wie es in Stockerau ausschaut. Das ist nicht meine Vorstellung von aktiver Stadtpolitik.

Gemeinderat Falb: Ich wollte nur einen Satz von Stadtrat Holzer aufgreifen. Sie sagen, Verkehrskonzept 2002 kann bzw. will man nicht umsetzen. Gut. Wer garantiert, dass man das Verkehrskonzept 2014 umsetzen will, wenn dort etwas drinnen steht, was euch nicht passt – Punkt 1. Punkt 2 – eines weiß ich aber sicher, umsetzen können wir es sicher nicht, und zwar angesichts dessen, was Herr Kollege Moll gesagt hat. Denn wir haben weder das Geld für das Konzept noch das Geld für eine Umsetzung. Es sei denn, wir finden einen, der uns das dann bezahlt. Ich kenne kein Verkehrskonzept, welches in der Umsetzung dann um € 10.000,-- zu haben ist. Vielleicht ist das ein Wunderkonzept. Ich schätze eher, dass € 100.000,-- eher die Untergrenze sein wird. Da frage ich mich schon, woher das kommen soll.

Bürgermeister Laab: Ich möchte nur eines sagen. Wenn man vom 2002er-Konzept spricht und wenn man das als Basis nimmt, dann steht dort drinnen unter Punkt 7 Verkehrsberuhigung Hauptstraße – der 1. Satz sagt schon alles – nach Realisierung der Nordwest-Spange und der Kerntangente Süd ergibt sich aufgrund der dann verlagerten Kfz-Ströme im Zuge der B3 zwischen Rathausplatz und L26 Stöbergasse ein Gestaltungsspielraum. Also, wenn man sich schon auf das 2002er-Konzept stützt, welches alle Fraktionen seinerzeit bekommen haben und Sie regelmäßig die Punkte in die Ausschüsse zur Tagesordnung zur Diskussion einbringen können, dann ist es sowieso nicht ratsam, nach diesem Verkehrskonzept die Verkehrsberuhigung Hauptstraße in Angriff zu nehmen, solange wir die Nordspange nicht realisiert haben. Wenn hier Mitbürger sitzen, die sich Gedanken machen und im Zuge der Dorf- und Stadterneuerung Verkehrsüberlegungen anstellen und die auch einbringen und das sehr wohl in einem Ausschuss, wie schon gesagt wurde, hier auch über die Ausschreibung diskutiert wurde, zwei Sitzungen mit dem kostenlos zur Verfügung gestellten Verkehrsexperten des Landes stattgefunden haben, wo man eben auch diese Wünsche, Anregungen und auch mit der Begleitung der Dorf- und Stadterneuerung hier mit unseren Mitarbeitern des Bauamtes diese Ausschreibungsunterlagen zusammengestellt hat, ist nirgends aufgetaucht, und da ist sehr wohl auch die Rede davon gewesen, in welcher Größenordnung man ungefähr rechnen muss, was so ein Konzept kostet. Es hat im Jahr 2002 eine Vergabe und eine Beauftragung gegeben. Da hat niemand gesagt, wir brauchen keinen Experten, der uns sagt, wie damit umzugehen ist. Ein bisschen kommt es mir so vor, wie wenn man sagt, ok, man möchte ein Haus bauen und da gibt es die Idee und die Vorstellung, wie es aussehen sollte und wie es schlussendlich dann werden soll, aber man nimmt sich selbstverständlich einen Baumeister, einen Statiker und dementsprechende Professionisten, damit es auch erfolgreich umgesetzt wird. Natürlich ist es so, dass diese Verkehrskonzepte und Konzepte als solches immer uns die Entscheidung nicht abnimmt, was umzusetzen ist. Wenn so ein Konzept erstellt wird, welches über mehrere Jahrzehnte Gültigkeit hat, dass das zum Zeitpunkt der Erstellung nicht feststeht, wie sich die wirtschaftliche Situation eines Landes, einer Stadt, einer Kommune entwickelt, dass das alles mit eingerechnet werden kann, sondern dass eben dann nach Situation auch etwas umgesetzt werden kann oder etwas nicht umgesetzt werden kann. Bei baulichen Maßnahmen, wie Herr Stadtrat Moll sagt, dass außer dem Kreisverkehr fällt ihm nichts ein, ist immer die Schwierigkeit, auch die Unterführung in die Au, dieser Zugang für die Bevölkerung für Radfahrer und Fußgeher gemacht wurde, war eine bauliche Maßnahme, die umgesetzt wurde. Es ist auch eindeutig festgelegt worden im Zuge dieser Besprechungen, dass diese Beauftragung zur Konsequenz hat, dass dann sehr wohl die Arbeitsgruppe Verkehr, wie auch der Ausschuss von Herrn Stadtrat Holzer dann hier in die Arbeit für dieses Konzept miteingebunden sein werden und miteingebunden sein müssen, damit hier schon bei der Erstellung darauf geachtet wird, dass dies in die Richtung geht wie man sich das vorstellt und was die Vorstellungen sind. Es ist auch nichts anderes gesagt worden, dass man sich hier einen

Druck entwickeln möchte, sondern dass man dies einerseits einstimmig auch amtsbekannt gemacht hat, um bei der Dorf- und Stadterneuerung eine Förderung dafür zu bekommen, die jetzt zu hoch oder zu nieder angesetzt ist, aber es besteht immerhin die Möglichkeit, dass man das, was man sonst netto zu zahlen hat, was übrig bleibt nach Abzug aller Förderungen, zumindest ein Jahr diese Betreuung – der Gegenwert würde sich sicher an Förderungen ausgeben, der dann dafür zu lukrieren wäre. Dass hier mit 2014 auch diese Periode zu Ende geht und wir uns dann im Laufe dieses Jahres noch einmal Gedanken machen müssen, ob es noch ein Verlängerungsjahr gibt. Dann ist sowieso eine Wartezeit von 4 Jahren notwendig, bis man halt wieder hier den Antrag stellen kann, dass man dann wieder dabei ist bei der Dorf- und Stadterneuerung. Aber wichtig ist es natürlich auch, dass hier die beauftragten Experten dann auch ihre Basiswerte, die sie brauchen, Verkehrsströme etc. und Bewegungen, die hier notwendig sind, um Einschätzungen treffen zu können, ja auch rechtzeitig machen müssen, bis man dann – so ein Konzept dauert eben dann fast eineinhalb Jahre bis das fertig ist. Wenn man hier Zeit verliert, obwohl alles durchbesprochen wurde, was an Wünschen für die Ausschreibung da war, dass das dann mit Verzögerung, indem man das verschiebt, nicht schneller wird und dass man das Ergebnis dann viel später hat, auf dem man aufbauen kann. Das ist natürlich auch ganz klar. Deswegen bin ich auch sehr verwundert. Ich gehe davon aus, dass man in den zukünftigen Arbeitskreisen und bei den Diskussionen über Verkehr nicht mehr sprechen wird, weil da wird halt dann das 2002er herangenommen, was noch nicht umgesetzt ist. Ob da dann Dinge dabei sind, die 2002 noch kein Thema waren, denn natürlich hat sich seit 2002 verschiedenes nicht nur in der Stadt geändert. Damals war keine Kaserne, die jetzt ein Wohnpark ist. Verschiedene andere Dinge waren noch nicht bekannt. Da wird man halt auf das dann nicht mehr Rücksicht nehmen müssen. Dann man halt was, was 10 oder 12 Jahre alt ist und das setzt man dann um, obwohl man weiß, dass das eigentlich nicht mehr den Anforderungen entspricht, die heute sich durch die Veränderungen ergeben haben. Wenn man der Meinung ist und mehrheitlich so beschließt, dann tut es mir nur leid für die, die sich sehr viel Mühe und Zeit aufgewendet haben, hier die Voraussetzung zu schaffen, dass man das im Rahmen der Experten, weil hier ist ja durch die Ausschreibung die ARGE, die da Bestbieter ist, wo man zu einem Preis drei Experten bekommt. Wenn man der Meinung ist, dass man das alles nicht braucht, dass ist das zwar zu akzeptieren. Man wird schauen, wie man dann weiter damit umgeht. Ich halte es für einen Zeitverlust. Vielleicht hätte man die Zeit auch nutzen können, weil am 24. September war das erste Mal der Experte des Landes da und am 12. November ein zweites Mal. Wir haben es das letzte Mal im Dezember in der Sitzung gehabt, beim Dienstpostenplan, wo man auch Dinge aufgestellt hat, die dann ausgeräumt wurden. Vielleicht wäre es gescheiter mehr Zeit dafür aufzuwenden, das im Vorfeld zu besprechen, als wie dann eine Entscheidung abzulehnen, die dann vielleicht einige Wochen oder Monate später vorgelegt wird und dann wird es mit einer Verzögerung unter Umständen beschlossen.

Stadtrat Straka: Ich glaube auch, dass es sehr wohl notwendig sein wird, in Zukunft auch über Verkehr zu reden. Wie du auch richtig gesagt hast, man sollte vorher mehr reden. Und gerade in der Zeit, in der die Ausschreibung fixiert worden ist, waren einige Gespräche, die auf einmal im Sand verlaufen sind. Zu der immer wieder angesprochenen Nord-Spange – die Zeiten und die Konzepte zur Lösung solcher Probleme ändern sich. Man kann nicht alles, was einmal aufgeschrieben wird, einfach in Stein meißeln. So flexibel sollte man schon sein. Zu den Konzepten, die immer wieder in der Schublade verschwinden, bei den Ausschreibungsunterlagen hat sich als Referenzprojekt eines dieser Anbieter ein Radwegkonzept Stockerau – Anbindung des Erholungszentrums an das Radwegenetz gefunden. Das hat die Fa. Prem im Jahr 2010 für Stockerau erstellt. Ich glaube, das kennt keiner.

Vizebürgermeisterin Niederhammer: Ich sehe das auch durchaus nicht so, dass in Zukunft über den Verkehr nicht mehr geredet werden wird oder nicht mehr geredet werden soll. Ganz im Gegenteil, es wird nach wie vor über den Verkehr geredet werden müssen. Das wird uns auch niemand abnehmen. Der Vergleich mit dem Haus – das ist was, wo man ganz gut aufzeigen kann, wie man verschiedentlich an Dinge herangeht. Es gibt Leute, die lassen sich ein Haus vom Architekten planen. Der kann das sicher sehr gut. Nur ob ich in dem Haus nachher wohnen will, das ist die 2. Frage. Wenn ich ein Haus bauen will, überlege ich mir zuerst, was ich in dem Haus machen will, wie groß es sein soll, welche Zimmer es haben soll und was ich mir vorstelle. Das möchte ich wissen. Und wenn ich dann soweit bin, dass ich meine eigene Vorstellung kenne, dann kann ich mich noch mit einem Experten beraten, was er dazu meint. Aber ich möchte mir nicht ein Aus von einem Architekten bauen lassen und dann dort einziehen müssen. Da möchte ich schob selbst mitreden. Genauso sehe ich das beim Verkehrskonzept.

Stadtrat Kronberger: Meine Wortmeldung wäre eigentlich schon früher fällig gewesen. Es wird die Verkehrsgruppe so hoch gelobt. Die Verkehrsgruppe hat sich zum Ausschreibungskonzept am 25.11. zwei Seiten Ergänzungen zusammengestellt und beim Bauamt abgegeben uns soviel ich weiß, sind die nicht mir eingearbeitet worden. Nur so viel, wie Dinge berücksichtigt werden.

Bürgermeister Laab: Wer bei der Sitzung dabei war und die Ausschreibungskriterien schlussendlich auch besprochen hat, auch Mag. Alfons als auch der Verkehrsexperte des Landes haben darauf hingewiesen, dass man dieses nicht so umfangreich und zu detailliert gestalten soll, da es nach der Erstellung des Konzeptes die Möglichkeit gibt, das hier noch einzubringen und einzuarbeiten, weil sowieso verschiedene Gespräche dann zu erfolgen haben. Aber, Frau Vizebürgermeisterin hat gesagt, es ist schon richtig, dass man hier diese Planung und das Ganze machen sollte und genau das war der Punkt, dass sehr viele, in den Jahren in der Dorf- und Stadterneuerung jetzt auch diese Arbeitskreise haben und auch diese Verkehrsgruppe entstanden ist, hier Überlegungen angestellt haben, die jetzt auch keine Berücksichtigung finden und jetzt einmal die Chance bekommen, beurteilt zu werden von denen, die hier ihr Brot damit verdienen, dass sie solche Konzepte ausarbeiten.

Stadtrat Hopfeld: Ich möchte mich ganz kurz zu Wort melden, weil ich immer einer gewesen bin, der sich vehement eingesetzt hat, dass sich etwas ändert. Wir sind in einer Situation, wo es schon 5 Minuten nach 12 Uhr ist mit dem Verkehr auf der Hauptstraße. Deswegen haben wir auch immer gesagt, wir haben nicht die Kraft, dass wir wirklich das umsetzen, was man 2002 - nämlich zuerst die Spange oder die Nordumfahrung zu machen. Die Kraft haben wir nicht, aber wir könnten zumindest etwas probieren. Deswegen haben wir damals gesagt, Geld haben wir auch keines, dann probieren wir doch wenigstens die Führung einer Einbahn, damit sich irgendetwas ändert und schauen wir, was sich dabei ändert. Nach diesem Jahr kannst du eine Abstimmung machen von deiner Bevölkerung, will sie das so haben oder will sie das nicht haben. Aber wenn man nicht einmal die Chance bekommt, das auszuprobieren, dann ist das ein glattes „nein“ und über das kommen wir nicht drüber.

Stadtrat Holzer: Deine Wortmeldung jetzt – ich kann mich erinnern, wir hatten einige Zeit eine Baustelle entlang der Hauptstraße und eine Einbahn, und ich weiß, dass hunderte zu uns gekommen sind und gesagt haben, hoffentlich ist die Baustelle bald weg und dass nie eine Einbahn kommen wird, weil wir ersticken woanders im Verkehr und die Entlastung auf der Hauptstraße ist für sehr, sehr viele nicht nachvollziehbar und alle haben sich gewünscht, dass man in beide Richtungen fahren kann.

Stadtrat Hopfeld: Ohne begleitende Maßnahme, haben wir damals schon gesagt, kann ich das nicht gelten lassen. Es sind weder Ampel geändert worden, noch Spuren geändert worden, noch sonst irgendetwas. Das kann ich nicht vergleichen - eine Baustelle mit einer funktionierenden Einbahnregelung.

Stadtrat Straka: Ich möchte zu diesem Provisorium sagen – da hat uns der Verkehrsplaner des Landes auch gesagt, das bringt nichts, einfach Versuche machen. Ich glaube, das sieht man in Wien auch ganz gut, dass dies nicht so richtig klappt. Wenn, dann muss man etwas Gescheites machen.

Stadtrat Hopfeld: Na gut, dann machen wir gar nichts.

Bürgermeister Laab: Ich möchte darauf hinweisen, dass hier diese Diskussion über ein Verkehrskonzept nicht auf der Hauptstraße abspielen soll, sondern dass hier die Stadt wesentlich viel mehr Punkte und Plätze hat und Problemsituationen hat, die gelöst werden sollten. Dieses Konzept hätte weitere und andere Bereiche erfasst.

Beschluss:

mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	1 (de Witt)
	ÖVP	12
	FPÖ	4
	GRÜNE	3
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	15
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0

3.) Verordnung über ein Sektorales Raumordnungsprogramm über die Nutzung der Windkraft in NÖ – Stellungnahme

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung beabsichtigt eine Verordnung über ein Sektorales Raumordnungsprogramm über die Nutzung der Windkraft zu erlassen.

Der entsprechende Entwurf wurde gemäß § 4, Abs. 7, NÖ Raumordnungsgesetz 1976, LGBl. 8000, durch zwei Wochen in der Zeit vom 23.12.2013 bis 07.01.2014 im Gemeindeamt zur allgemeinen Einsicht mit dem Vermerk, dass jede Person berechtigt ist, innerhalb der Auflagefrist eine schriftliche Stellungnahme beim Amt der NÖ Landesregierung einzubringen, angeschlagen.

Nach § 35 Z.6 NÖ Gemeindeordnung 1973 obliegt die Beschlussfassung über die Stellungnahme der Gemeinde dem Gemeinderat.

In der Kartendarstellung, Anlage 1, M 1:150.000, ist im Stadtgebiet Stockerau im nördlichen Bereich zur KG. Grenze Oberolberndorf sowie Leitersdorf die Zone Nr. WE6 gemäß § 19 Abs. 3b NÖ Raumordnungsgesetz 1976 ausgewiesen.

Bei der ausgewiesenen Fläche handelt es sich um ca. 475.000 m².

Vom Ortsplaner DI Fleischmann wurde zu dem beabsichtigten Verordnungsentwurf eine fachliche Beurteilung GZ. 10.210-01/14 erstellt, in welcher im Punkt 4 Forderungen sowie Formulierungsänderungen des Verordnungsentwurfes § 3 Abs. 3 angeführt sind.

Die vom Ortsplaner DI Michael Fleischmann GZ. 10.210-01/14 erstellte Beurteilung zum Entwurf des Sektoralen Raumordnungsprogrammes über Windkraftnutzung wird vollinhaltlich bestätigt und als Stellungnahme der Stadtgemeinde Stockerau beim Amt der NÖ Landesregierung eingebracht.

Im Zuge der Behandlung der vom Ortsplaner ausgefertigten Stellungnahme zum Auflageentwurf des sektoralen Raumordnungsprogrammes über die Windkraftnutzung in Niederösterreich wurde seitens des Gemeinderates auch auf allenfalls vorhandene Flugsicherheitszonen hingewiesen. Die Plandarstellung wurde daher entsprechend abgeändert, sodass der Vorschlag zur Änderung der Eignungszone WE 06 nun auch die im örtlichen Raumordnungsprogramm – Flächenwidmungsplan kenntlichgemachte Flugsicherheitszone des Flugplatzes Stockerau berücksichtigt.

Stadtrat Straka: Ich habe eine Frage bezüglich dieses Flugplatzes. Gibt es da irgendwelche Richtlinien, in welchem Abstand zu Flugplätzen Windkraftanlagen gebaut werden? Die Änderung von Herrn Fleischmann hat sich praktisch nur auf das bezogen, was zur Gemeinde gehört, aber der Flugplatz grenzt direkt an und an und für sich sollten wir schon melden, dass wir dort einen Flugplatz haben, dass auch außerhalb der Gemeindegrenze praktisch keine Windkraft gebaut werden kann.

Bürgermeister Laab: Man kann Rücksprache halten, aber seine Stellungnahme bezieht sich auf das Gebiet der Stadtgemeinde Stockerau. Ich habe es so verstanden, dass er sehr wohl darauf hingewiesen hat, dass der Flugplatz vorhanden ist.

Stadtrat Ryba: Bei Punkt 4 wird darauf hingewiesen, dass die Windkraftnutzung dort nicht geeignet ist. Das Areal des Flugplatzes – samt umgebenden Flächen – erscheint für eine Windkraftnutzung nicht geeignet, wäre daher von der Zonierung auszuklammern.

Stadtrat Straka: Aber es sollte über das Gemeindegebiet hinausgehen, weil das nicht gleich direkt neben dem Flugplatz sein kann. nachdem das ein sektorales Raumordnungsprogramm ist, sollte man das auch berücksichtigen.

Bürgermeister Laab: Die Frage ist nur, wie ich jetzt für Sierndorf eine Stellungnahme abgeben kann.

Stadtrat Straka: Zumindest einen Hinweis geben.

Bürgermeister Laab: Wenn es um das geht, kann man das ergänzen. Aber nur, ich bin der Meinung, wir sind aufgefordert worden, für Stockerau eine Stellungnahme abzugeben und das tun wir hiermit. Wir werden Herrn Fleischmann fragen, ob das möglich ist, dann werden wir das um den Satz noch ergänzen. aber er geht auf den Flughafen ein und ist eindeutig auf dem Plan ersichtlich.

Stadtrat Straka: Noch eine Anmerkung zu dem sektoralen Raumordnungsprogramm – vom 23. Dezember bis 7. Jänner, also 14 Tage Auflagefrist mit 5 Tage Einsichtmöglichkeit, weil der Rest Feiertage waren. Das ist auch nicht erfreulich.

Bürgermeister Laab: Nehmen wir zur Kenntnis.

Stadtrat Moll: Was mit an der Plandarstellung nicht gefällt, das betrifft leider nur zum Teil das Stockerauer Gebiet, aber ein erhebliches, dass die Umwidmung für Windparks auch östlich von der Senningerstraße möglich ist. Ich empfinde dieses Gebiet als Naherholungsgebiet, nämlich Richtung Grummethof. Da gerade entlang des Weges zum Grummethof eine Widmung möglich sein sollte, stört mich und sollte in unseren Bemerkungen festgehalten werden, dass wir das dort nicht wollen, wobei ich sagen muss, dass die Gemeindegrenze leider nur einen Teil uns die Einflussmöglichkeit erlaubt. Grundsätzlich denke ich, dass wir dieses Gebiet östlich der Senningerstraße bis zu den Windrädern in Leitzersdorf, wo sie jetzt sind, eigentlich fei halten sollten. Auch im Axis-Konzept als ausgewiesenes Naherholungsgebiet dargestellt.

Bürgermeister Laab: Ist ähnlich gelagert.

Stadtrat Moll: Ich bin mir auch nicht sicher, wenn das jetzt so durchgezogen wird, welche Handhabe wir dann noch, wenn ein Windparkbetreiber kommt und das aufstellt.

Bürgermeister Laab: Ob diese Stellungnahme Berücksichtigung findet, ist ja noch nicht gesagt. Aber wir haben zumindest unser Recht in Anspruch genommen und diese Stellungnahme abgegeben. Wir werden auch noch mit Herrn Fleischmann reden, ob es sinnvoll ist, es auch, so wie Sie gesagt haben, auszuweiten auf das gesamte Gebiet, was auch nicht mehr unser Kommunalgebiet betrifft. Dann kann man das sicher um das ergänzen. Aber ob es hier überhaupt Berücksichtigung findet, dass das gestrichen wird.

Stadtrat Moll: Ich würde bitten, dass man mit ihm spricht, denn der § 19 sagt ganz klar, auch diese Zonierung ist unter Bedachtnahme auf die ökologische Wertigkeit des Gebietes zu machen.

Gemeinderat König: Ich wüsste nicht, was das für eine Beeinträchtigung wäre, wenn ich spazieren gehe und da ist eine Windkraft.

Baudirektor Stadler: Es geht jetzt nur mehr um die Darstellung im regionalen Raumordnungsprogramm. Es wird nur die Eignungszone dargestellt, wo zukünftig Windräder platziert werden können. Der direkte Standort des Windrades wird durch den Gemeinderat im Zuge der Flächenwidmung festgelegt. Man kann sehr wohl noch darauf Einfluss nehmen.

Bürgermeister Laab: Bezüglich der Argumente, die noch gekommen sind, werden wir nachfragen.

Beschluss: **mehrheitlich beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	1 (de Witt)
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	15
	ÖVP	12
	FPÖ	4
	GRÜNE	3

4.) Abflusertüchtigung Senningbach - Sondernutzungsvertrag

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Für die geplante Räumung des Göllersbach/Mühlbaches zur Verbesserung des natürlichen Abflusses und der Vorflutfunktion wurde das Büro Hydro Ingenieure Umwelttechnik GmbH. mit der Erstellung der erforderlichen Einreichplanung für die erforderlichen Bewilligungen (Wasserrecht, Naturschutz, Forstrecht) beauftragt.

Das entsprechende Einreichprojekt wurde bereits der Wasserrechtsbehörde BH Korneuburg zur Bewilligung vorgelegt.

Da als Konsenswerber für die gegenständliche Räumung die Stadtgemeinde Stockerau auftritt, ist mit dem Grundeigentümer der Republik Österreich, öffentliches Wassergut, der mit Schreiben vom 09.01.2014 übermittelte Sondernutzungsvertrag abzuschließen, in welchem die Benützungseinräumung für die erforderlichen Räumungsarbeiten erteilt wird.

Der Sondernutzungsvertrag, AZ. WA1-ÖWG-51041/340-2013, betreffend Projekt „Stadtgemeinde Stockerau, Abflusserüchtigung Senningbach“ wird genehmigt.

Stadtrat Straka: Was ich aus den Unterlagen nicht ganz herausgesehen habe - wie lange gilt dieser Sondernutzungsvertrag? Ist er nur für die Dauer der Arbeiten, dann ist es ok. Wenn er länger gilt.

Baudirektor Stadler: Er ist nur für die Dauer der Arbeiten.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	12
	FPÖ	4
	GRÜNE	3

5.) Senioren-Tageszentrum- Probetrieb

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Im Haus der Generationen, Roter Hof 7 soll am 1. Februar 2014 im 1. Stock ein Senioren-Tageszentrum der Stadt Stockerau seinen Betrieb aufnehmen.

Zunächst ist von 1. Februar 2014 bis 1. Februar 2015 ein einjähriger Probetrieb vorgesehen. Nach Ablauf dieses Probetriebes wird eine Evaluierung durchgeführt, so dass in der März-sitzung des Gemeinderates im Jahr 2015 über die Überführung in einen Echtbetrieb entschieden werden kann.

Gemeinderat Falb von der **ÖVP-Fraktion** stellt folgenden **Zusatzantrag**:

Der Gemeinderat wolle beschließen, dass der Probetrieb des Senioren-Tageszentrums vom Finanzausschuss begleitend kontrolliert wird, um eine allfällige Schließung rechtzeitig vorbereiten zu können.

Vizebürgermeisterin Niederhammer: Ich möchte prinzipiell sagen, dass ich mich freue, dass dieser Tagesordnungspunkt auf der Tagesordnung des Gemeinderates ist. Denn ursprünglich wäre es vorgesehen gewesen, dieses Seniorentageszentrum im Zuge als Anhang des Pflegeheimes zu führen. Wir haben dann in Gesprächen erwirkt, dass wir einen einjährigen Probetrieb starten. Und zwar deswegen, weil wir ja wissen und jetzt aktuell durch die letzten Zeitungsmeldungen wieder bestätigt wurde, dass das Seniorentageszentrum in Korneuburg zusperrt. Es wird das Seniorentageszentrum in Mödling geschlossen. In Korneuburg betreibt es die Volkshilfe, in Mödling betreibt es das Hilfswerk. Wir wissen es von anderen Tageszentren, dass es wahnsinnig schwierig ist oder eigentlich so gut wie unmöglich ist, so ein Tageszentrum wirklich positiv zu führen. Die Entscheidung für diesen Probetrieb haben wir deshalb getroffen, weil wir 1. meinen, dass es grundsätzlich für die Angehörigen, die Leute in dieses Tageszentrum bringen, eine wichtige Einrichtung ist. Wir wissen andererseits natürlich auch, dass wir im Haus der Generationen ein Geschoss haben, für das wir Mietausgaben haben. In diesem Geschoss war ursprünglich eine Seniorentagesbetreuung geplant, auch schon beschlossen, hätte durch die Volkshilfe stattfinden sollen. Die Volkshilfe hat dann zurückgezogen. Wir haben damals darüber debattiert, warum, auf alle Fälle ist es nicht zustande gekommen. Es war jetzt im vergangenen Jahr der Kindergarten in diesem Geschoss untergebracht. Der Kindergarten hat jetzt Räumlichkeiten, die fertig sind. Dieses Geschoss steht jetzt nach wie vor zur Verfügung und leer. Die Mietausgaben für dieses Geschoss bewegen sich im Größenbereich von ungefähr € 60.000,- und deswegen haben wir gesagt, probieren wir es jetzt einmal ein Jahr. In einem Jahr kann man schon etwas sehen. Die € 60.000,- haben wir in jedem Fall. Es gibt eine Kostenaufstellung für dieses Tageszentrum. Im Idealfall, der sicherlich schwierig zu erreichen ist, wir wissen auch nicht, mit wie viel Gästen tatsächlich rechnen kann, es gibt auch noch keine Bedarfserhebung dafür – im Idealfall wäre es dann so – ich habe das mit den neuen Sätzen durchgerechnet, wobei die variablen Kosten immer noch nicht 100%ig natürlich klar sind, dass wir ungefähr auf € 30.000,- minus statt € 60.000,- bis € 66.000,- kommen können. Das ist der Idealfall. D.h., dass täglich 14 Gäste über 248 Tage im Jahr im Tageszentrum sein müssen. Wird eine Hürde sein, die schwer zu erreichen ist, weil natürlich das Transportproblem in das Zentrum für viele erst zu lösen ist. Aber wir werden sehen. Wir waren der Meinung, unter den Voraussetzungen, die wir haben, die ich ausgeführt habe, probieren wir es ein Jahr, schauen wir es dann noch einmal an, begleiten wir das mit dem Finanzausschuss. Man soll nicht negativ denken. Ich würde sagen, damit wir dann eine allfällige Schließung oder eine Weiterführung absehen kann. Wir werden diesem Antrag aus den Gründen, die ich jetzt gerade erläutert habe, unsere Zustimmung geben.

Stadtrat Moll: Ich möchte zum einen festhalten, dass eine Evaluierung nach einem Jahr, die jetzt durch Gemeinderatsbeschluss festgelegt wird, als sehr positiv zu bezeichnen ist. Denn wir haben bei anderen Projekten auch von Evaluierungen gesprochen, die dann aber möglicherweise nicht oder nur in anderer Form durchgeführt wurden. Zum anderen möchte ich sagen, wir haben diese Institution jetzt. Sie soll der älteren Generation Stockeraus als sehr positive Einrichtung zugute kommen. Wir alle hier sind jetzt gefordert, diese Institution zu bewerben. Wir müssen uns bemühen, dass die Kosten auf diese Art und Weise in Griff zu bekommen sind.

Bürgermeister Laab: Ich möchte nur ergänzen, dass es natürlich immer besser ist, die Kosten sind genannt worden und stimmen auch, aber was nicht gesagt worden ist, es ist doch gescheiter, bevor ein Stockwerk leer steht, weil es unter welchen Bedingungen auch immer nicht zur Umsetzung gekommen ist, wenn die Kosten minimiert werden und dazu noch, und das ist das Wesentliche, für die Bevölkerung ein Angebot bestellt und auch umgesetzt wird. meiner Ansicht nach ist dafür ein Bedarf gegeben. Das natürlich hier diese Evaluierung notwendig ist und das auch begleiten muss, um zu sehen, wie sich die Wirtschaftlichkeit entwickelt, wie es weiter zu führen ist, um es auch dazwischen beurteilen zu können.

Stadtrat Straka: Sinnvoll wäre es, auch festzulegen, nachdem man es am Ende bewerten will, welche Kostendeckungen zu erreichen ist, damit es weitergeht oder nicht.

Bürgermeister Laab: Wir haben einen Antrag von Mag. Falb, der, glaube ich; genau das beinhaltet, dass der Finanzausschuss je nach Situation das berücksichtigen kann.

Abstimmung über ÖVP-Antrag:

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	12
	FPÖ	4
	GRÜNE	3

Abstimmung über TOP II./5.)

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	12
	FPÖ	4
	GRÜNE	3

6.) Löschungserklärung – Lusztig Peter

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Ob der dem Lusztig Peter, geb. 11.10.1965 zur Gänze gehörenden Liegenschaft im Grundbuch der Katastralgemeinde 11142 Stockerau, Einlagezahl 5320 ist unter CLNr. 1 a das Wiederkaufsrecht für die Stadtgemeinde Stockerau einverleibt.

Die Stadtgemeinde Stockerau, durch die gefertigten Vertreter, soll hiermit ihre ausdrückliche Einwilligung erteilen, dass ohne ihr ferneres Einvernehmen und nicht auf ihre Kosten die Löschung des Wiederkaufsrechtes ob der vorstehend näher erwähnten Liegenschaft Einlagezahl 5320 des Grundbuches über die Katastralgemeinde Stockerau einverleibt und alle darauf bezughabenden Anmerkungen gelöscht werden können.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0

Stimmhaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	12
	FPÖ	4
	GRÜNE	3

Bürgermeister Laab schließt die öffentliche Sitzung. Er beginnt mit der nicht öffentlichen Sitzung. (Siehe dazu Protokoll der nicht öffentlichen Sitzung im Anschluss an die öffentliche 24. Gemeinderatssitzung vom 30.01.2014).

Der Bürgermeister

Helmut Laab

Für die SPÖ-Fraktion

Für die ÖVP-Fraktion

Vizebürgermeisterin Hermanek

Vizebgm. Christa Niederhammer

Für die FPÖ-Fraktion

Für die GRÜNEN-Fraktion

StR Gerald Moll

StR. Mag. Ing. Andreas Straka

Für das Protokoll

Schriftführerin

StADir. Dr. Maria-Andrea Riedler

Doris Eder